

AMNESTY INTERNATIONAL

und 38 weitere Organisationen

9. Dezember 2019

AI Indes: MDE 13/1548/2019

An die ständigen Vertretungen der Staaten bei den Vereinten Nationen:

Exzellenzen!

Amnesty International fordert zusammen mit anderen regionalen, nationalen und internationalen Organisationen der Zivilgesellschaft Ihre Regierungen auf, die Resolution A/C.3/74/L.27 zum Iran am 14. Dezember zu unterstützen. In den letzten Wochen gab es überaus schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen durch die Behörden in dem Land. Wir bitten Sie, diese öffentlich zu machen und zu helfen, damit die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

In der Resolution werden die iranischen Behörden aufgefordert, die nach friedlichen Demonstrationen Verhafteten freizulassen. Die iranischen Sicherheitskräfte haben die Demonstrationen mit Gewalt niedergeschlagen. Seit dem 15. November wurde in mehr als 100 Städten exzessive Gewalt gegen Protestierende angewandt, dabei wurden zahlreiche Demonstranten getötet, es soll mehr als 208 Tote gegeben haben. Die tatsächliche Zahl der Getöteten liegt wahrscheinlich erheblich höher.

Augenzeugen und Verwandte der Opfer legten Videos vor, auf denen zu sehen war, dass die Sicherheitskräfte auf Demonstranten geschossen haben. Schon in der Vergangenheit gab es im Iran ähnliche Vorfälle. Es sollen mindestens 7000 Personen inhaftiert worden sein, so berichtete ein Parlamentarier. Unter den Inhaftierten befanden sich zahlreiche Menschenrechtler_innen und Journalist_innen. Das weitere Schicksal der Verhafteten und ihr Aufenthaltsort sind in den meisten Fällen nicht bekannt. Nach Berichten wurden Gefangene der Folter unterworfen, Kontakte zu Anwälten oder den Familien werden verweigert. Bei einigen Gefangenen wurden sogenannte „Geständnisse“ im Fernsehen gezeigt. Die Behörden sprechen von den Demonstranten als „Verschwörer“ und „Aufrührer“ und fordern deren Hinrichtung.

Zwei Tage nach Beginn der Demonstrationen sperrten die Behörden fast das gesamte Internet. So sollten Berichte von den Vorgängen auf den Straßen unterbunden werden. Das ist ein schwerer Angriff auf die Freiheit der Meinungsäußerung. Willkürliche Einschränkungen des Rechtes auf freie Meinungsäußerung, Vereinigung und friedlicher Versammlung werden in der Resolution erwähnt, aber auch die willkürlichen Verhaftungen von Menschenrechtlern, Journalisten und Umweltschützern. Weiterhin finden Erwähnung die Inhaftierungen von Gegnern der Todesstrafe und von Menschen, die an die Gefängnismassaker von 1988 erinnerten und die Aufklärung der damaligen Vorgänge forderten.

Die Resolution erwähnt auch, dass die iranischen Behörden weiterhin die Todesstrafe anwenden, wenn auch in einigen Fällen bei Drogendelikten die Todesstrafe abgeschafft wurde. Angewandt wird die Todesstrafe weiterhin bei gleichgeschlechtlichem Sex und „Feindschaft gegen Gott“ und „Verbreitung von Korruption“. Es werden weiterhin Jugendliche hingerichtet, die bei Begehung der Straftat noch nicht 18 Jahre alt waren, entgegen den Bestimmungen der „Übereinkunft für die Rechte des Kindes“. Der Iran ist dabei Unterzeichnerstaat.

Der Iran verweigert fundamentale Rechte des Individuums: Zugang zu einem Anwalt der Wahl bei Verhaftungen, Folter und Misshandlungen in Haft sind weiterhin üblich, medizinische Behandlung wird Inhaftierten verweigert, 2019 starben nach Folter zwei Personen in Haft.

AI und die anderen Menschenrechtsorganisationen äußern ihre Betroffenheit über die weit verbreitete Diskriminierung im Gesetz wegen des Geschlechtes, der Religion, Ethnie oder der sexuellen Orientierung. Die gesetzliche Diskriminierung der Frau bezieht sich auf Ehe, Scheidung, Erbschaft und Beschäftigung. Es gibt verbreitete Gewalt in der Ehe und erzwungene und sehr frühe Verheiratungen. Frauenrechtsverteidiger_innen wurden verfolgt, als sie sich gegen die erzwungene Kleiderordnung wandten. Einige wurden zu Haftstrafen oder zur Auspeitschung verurteilt. Diskriminiert werden auch Angehörige von Minderheiten. Die Religionsfreiheit wird ständig verletzt, so bei Angehörigen der Baha'i, konvertierten Christen, Derwischen und Juden.

AMNESTY INTERNATIONAL

Trotz wiederholter Forderungen von Menschenrechtsorganisationen und Organen der UN hat der Iran keine Anstalten gemacht, die geäußerten Bedenken ernst zu nehmen. Die jetzige Resolution gibt der UN-Generalversammlung die Gelegenheit, erneut ihre Bedenken zu äußern und die schweren Menschenrechtsverletzungen im Iran öffentlich zu machen. Das auch im Hinblick auf die exzessive Gewaltanwendung gegen friedliche Demonstrant_innen. Die Generalversammlung sendet mit der Annahme der Resolution eine ernste Botschaft an die iranischen Behörden, die Situation der Menschenrechte im Iran entscheidend zu verbessern.

(Werner Kohlhauer: Leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)

Die unterzeichnenden Organisationen

Abdorrahman Boroumand Center for Human Rights in Iran
All Human Rights for All in Iran
Amnesty International
Arseh Sevom
Article18
ARTICLE 19
ASL19
Association for the Human Rights of the Azerbaijani people in Iran (AHRAZ)
Balochistan Human Rights Group
Cairo Institute for Human Rights Studies
Center for Human Rights in Iran
Centre for Supporters of Human Rights
Child Rights International Network (CRIN)
CIVICUS
Committee to Protect Journalists
Conectas Direitos Humanos
Gulf Centre for Human Rights
Human Rights Activists in Iran (HRAI)
Human Rights Watch
Impact Iran
International Federation for Human Rights (FIDH)
International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA)
International Movement Against All Forms of Discrimination and Racism (IMADR)
Iran Human Rights
Iran Human Rights Documentation Center
International Service for Human Rights
Justice for Iran
Kurdistan Human Rights -Geneva (KMMK-G)
Kurdistan Human Rights Network (KHRN)
OutRight Action International
The Jacob Blaustein Institute for the Advancement of Human Rights (JBI)
Together against the death penalty (ECPM)
Minority Rights Group International
Siamak Pourzand Foundation
Small Media
The Advocates for Human Rights
United for Iran
World Coalition against the Death Penalty
6Rang (Iranian Lesbian and Transgender Network)